



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Preußen und Schleswig-Holstein : zuerst eine Erinnerung an vergangene  
Stimmungen.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Schranken der Geschwornencompetenz darzulegen, der Regierung die wirkliche Meinung der Praxis zu sagen, welche das Ministerium mit dem neuen Entwurf getroffen und ausgesprochen zu haben glaubt.

Darum ist es endlich Pflicht des Abgeordnetenhauses, sein Veto einzulegen gegen die Mißgestaltung dieses wichtigsten Gerichtes. Hier droht dem wahren Constitutionalismus in der Rechtspflege schwere Gefahr, welche durch ein neues Gesetz auf lange Jahre Kraft gewinnen soll. Die wahren Vertreter der großen Majorität des Volkes halten sich nicht mehr zurück von ihren Pflichten als Staatsbürger, wie einst in den Trauerjahren seit 1850. Wohlan! erfüllen sie ganz diese Pflichten, daß sie nicht selbst ein Uebel verstärken, welches durch die unselige Zurückhaltung ihrer Parteigenossen so lange schon auf dem Lande lastet.

Alle Verbrechen, alle politischen und Preßverbrechen und -vergehen für die Entscheidung der Schwurgerichte, das ist es, was wir fordern müssen und fordern.

## Preußen und Schleswig-Holstein.

Zuerst eine Erinnerung an vergangene Stimmungen.

Als vor etwa achtzehn Monaten die Nachricht nach Deutschland kam, daß der Gesundheitszustand des Königs von Dänemark eine Erledigung des Throns in Aussicht stelle, war den Liberalen zweifellos, daß die größte Anspannung der Kräfte nothwendig sei und die neue Situation benutzt werden müsse, die Herzogthümer gänzlich von Dänemark zu lösen und mit Deutschland zu verbinden. Die politische Lage war ungünstig. Sowohl das Ministerium Bismarck als Oestreich hatten durch die Behandlung derselben Frage am Bunde bewiesen, daß sie einen kriegerischen Conflict mit Dänemark nicht wollten, es war zu befürchten, daß der neue König, welcher durch die londoner Verträge zur Herrschaft bestimmt war, einer nachdrücklichen Pression der deutschen Großmächte einige Concessionen machen werde, sobald er den dänischen Fanatismus nicht mehr als Hinderniß seiner Inthronisation zu fürchten habe, und daß die Großmächte ihm so lange weitere Nachsicht gönnen würden, bis er thatsächlich in seinen Ländern festgesetzt sei. Das gesammte Ausland war dem deutschen Interesse abgeneigt. In den Herzogthümern selbst war an einen offenen Widerstand, der über Proteste und Erklärungen muthiger Männer hinausging, nicht zu

denken. Die Landschaften hatten seit dem Jahre 1848 einen großen Theil ihrer Intelligenz durch Auswanderung oder Tod verloren, die Schleswig-Holsteiner, welche an der dreijährigen Erhebung theilgenommen hatten, saßen über ganz Deutschland zerstreut, im Lande selbst war man nicht vorbereitet und fast hoffnungslos, die Kraft des Widerstandes war nicht erschöpft, aber sie war durchaus nicht organisirt, in dem gequälten Schleswig herrschte tiefe Erbitterung, in Holstein eine kalte Abneigung gegen die Dänen, beide Länder mußten von Deutschland aus den Impuls und Hilfe erhalten.

Unter diesen Verhältnissen war einer Agitation, welche von Privaten ausging, der Weg genau vorgeschrieben, auf welchem sie vorzugehen hatte. Das Erbrecht des herzoglichen Hauses von Augustenburg mußte den londoner Verträgen entgegengesetzt, die öffentliche Meinung in Deutschland und den Herzogthümern mußte dafür gewonnen werden, die Kammern der einzelnen Staaten mußten einen Druck auf ihre Regierungen ausüben, deutsche Regierungen, welche seit Jahren in dieser Frage Popularität erstrebt hatten, mußten gewonnen werden. Es galt eine Bewegung zu erregen, welche dem Auslande imponirte, die deutschen Großmächte, wenn auch wider ihren Willen, aus der Unschlüssigkeit oder Gleichgiltigkeit heraustrieb. Alles mußte versucht, das Aeußerste darangesetzt werden, den festen Willen der Nation zu erweisen. Jedem Besonnenen war klar, daß die Herzogthümer nur durch militärische Unterstützung deutscher Staatsmächte befreit werden konnten, aber es war ebenso offenbar, daß diese Unterstützung der Sache Schleswig-Holsteins nur dann werden würde, wenn das deutsche Volk und der Fürst, dessen Erbrecht die Handhabe zur Befreiung der Herzogthümer bot, den festen Entschluß erwiesen, im Nothfall offene Gewalt den Dänen entgegenzusetzen.

Von diesem Gesichtspunkt aus begann die Agitation. Sie fand im Volk einen Boden, der durch vergossenes Blut, durch Schlachten und Niederlagen, durch Schmach und bittere Empfindungen in fünfzehn langen Jahren reichlich gedüngt war. Die Bewegung verbreitete sich blizschnell über den Westen und Süden Deutschlands, Vereine bildeten sich, die Presse arbeitete mit einem Eifer, den sie seit vielen Jahren nicht erwiesen hatte, Volksversammlungen, Deputationen, Erklärungen fuhren umher.

Es ist an der Zeit, daran zu erinnern. Denn auch den Liberalen scheint durch die Ereignisse der spätern Zeit die stolze Freude beeinträchtigt, daß ihre Agitation während der letzten Monate des Jahres 1863 in der That die Befreiung der Herzogthümer von der dänischen Herrschaft möglich gemacht hat und daß diese Agitation grade alles das bewirkt hat, was sie unter einem Zusammenwirken günstiger Umstände erreichen konnte. Ein leidenschaftliches Aufglühen des Volkswillens hat zuerst einige wohlgesinnte Regierungen ermutigt, dann die Mehrzahl der Mittelstaaten auf die deutsche Seite der Frage gestellt, die Oppo-

fiction gegen das selbständige Vorgehn kleinerer Regierungen, die Abneigung und Besorgniß vor einer demokratischen Bewegung hat die Großmächte auf einen Weg getrieben, der zunächst die Volksbewegung demüthigen sollte, der aber endlich schrittweise zu der ersehnten Befreiung der Herzogthümer führte.

Die Patrioten, welche nach dem Tode des Dänenkönigs im Volke agitirten, gehörten nur zum Theil der preußischen Partei an. Nur von der stillen Auffassung unserer Freunde kann hier berichtet werden. Ihnen waren die Ansprüche des Herzogs deshalb höchst werthvoll, weil sie die einzige Aussicht boten, deutsche Länder von Dänemark abzulösen. Allerdings nicht für seine Person, sondern um seines Volkes und um Deutschlands willen haben sie dies Recht verkündigt und dafür geeifert. Mancher von ihnen hat wahrscheinlich für unnöthig gehalten, sich selbst aus den alten Verträgen das Urtheil über den Werth der augustenburgischen Ansprüche zu bilden, und der Streit über den gottorpschen Antheil, über die Grafschaft Ranzow, über den Werth gewisser Verzichtungsurkunden ist ihnen nur soweit von Bedeutung gewesen, als diese Erörterungen etwa die Ansichten der Leute in den Herzogthümern oder der Cabinetes beeinflussten. Auch war der deutsche Liberale durchaus nicht der Meinung, daß von den Erbansprüchen des Hauses Augustenburg allein sein Recht auf die Herzogthümer hergeleitet werden dürfe. Wenn der entschiedene, laut ausgesprochene Wille der Bevölkerung Holsteins den Erbprinzen zum Regenten forderte, so galt uns dieser Rechtstitel für ebenso werthvoll, als sein historisches Recht. Denn wir haben die Ueberzeugung, daß ein Volk das Recht besitzt, einen Fürsten nach grober und fortgesetzter Verletzung seiner Regentenpflichten von seinem Amte zu entfernen und, allerdings unter möglichster Berücksichtigung bestehender Rechte, den Andern dafür zu berufen, welcher sich als geeignete Persönlichkeit für solche Stellung erweist.

Nicht weniger deutlich war den Liberalen der preußischen Partei bei dem Tode des Dänenkönigs, daß die Befreiung der Herzogthümer zugleich eine Verstärkung der deutschen Großmacht werden müsse, daß ein von den Dänen gelöstes Territorium als Kleinstaat durch das bloße Bundesverhältniß nicht genügend zu schützen sei, daß selbst, wenn ein Bestehen, wie etwa das von Hessen-Darmstadt, an der Nordmark möglich wäre, eine solche separirte Existenz wenig Werth für das gemeinsame Vaterland haben würde, daß der große Gewinn der Bewegung uns Allen nur dann werden könne, wenn die Marine und militärische Position Preußens dadurch erhöhte Bedeutung gewönne, ja daß vielleicht die Hauptbedeutung einer günstigen Lösung darin liege, daß Preußen durch die Herzogthümer zu einer Position an der Nordsee und zum deutschen Bunde komme, welche ihm neue Zielpunkte und mit den Rechten auch höhere Pflichten gebieterisch auflege.

Daß eine Einverleibung der Herzogthümer in den preußischen Staat die

beste Lösung sein würde, wurde damals von Tausenden empfunden und zuweilen ausgesprochen, es war im Herbst 1863 unnütz daran zu denken, so wie es jetzt unnütz sein würde, dafür zu agitiren, wenn nicht die Ansprüche des Herzogs im vorletzten Winter die treibende Gewalt gewesen wären, welche die Ablösung bewirkte. Denn bei der Stellung, welche die damalige Regierung Preußens in Europa, beim Bunde, zu Oestreich und den Herzogthümern selbst eingenommen hatte, mußte auch der leidenschaftliche Freund Preußens eine Agitation zu diesem Zwecke für unmöglich halten. In Preußen selbst war dafür weder im Volke noch im Ministerium guter Wille. Zuletzt wußte man, daß die Mitglieder des preussischen Königshauses, auf welche es vor allem ankam, den Ansprüchen der Augustenburger nicht abgeneigt waren, und in ihrer Unterstützung, so weit sie möglich sein würde, einen preussischen Vortheil erkannten.

Es hat jetzt nur ein historisches Interesse, aber es soll doch ausgesprochen werden, daß nirgend vielleicht diese Verhältnisse patriotischer und mehr im preussischen Interesse betrachtet wurden als in der Nähe des Herzogs selbst an jenen Wochen, welche der Abfassung seiner ersten Proclamation vorausgingen und folgten.

Wie die Herzogthümer von Dänemark abgelöst wurden, ist bekannt. Der Tag des Friedensschlusses fand in Deutschland selbst nur wenige Herzen, welche sich die hohe Freude eines großen Erfolges nicht durch den Gedanken verkümmern ließen, daß der Sieg nicht ganz auf dem Wege gewonnen sei, den sie gewünscht hatten.

Und doch waren die Nordmarken Deutschlands den Dänen entrissen, und doch hatte der Enthusiasmus und die Aufregung in den Wintermonaten von 1863 alle die großen Folgen gehabt, welche wir Liberalen mit Recht von kräftiger Volksäußerung erwarten durften. Die Aufregung der Nation hatte die Cabinete in Bewegung gesetzt, daß ein Kroncandidat vorhanden war, dessen Recht selbst den Dänen legitimer erschien als das ihre, hatte nächst dem lauten Ruf der Holsteiner nach ihrem angestammten Herzog und ihren Huldigungen dem Ausland Zurückhaltung abgenöthigt. Zum ersten Male seit dem Jahre 1848 hat eine kräftige Forderung der Nation auf das Thun der deutschen Regierungen entscheidenden Einfluß geübt, die Politik der Herrn v. Bismark und Rechberg begann ihre Thätigkeit mit dem Vorsatz, die Integrität Dänemarks gegen die Forderungen der liberalen Partei zu bewahren und der Zwang der Ereignisse hat doch die preussischen und östreichischen Waffen dahin geführt, das ruhmvoll zu thun, was die liberale Agitation allein niemals in Jahresfrist bewirkt haben würde, was aber auch niemals im vergangenen Jahre ohne die liberale Agitation und ohne die Erbansprüche des Herzogs erreicht sein würde.

Schnell wechseln die Zielpunkte der Regierungen, ebenso schnell die Parteitendenzen. Mit der Befreiung der Herzogthümer, zumeist durch preussische Waffen,

ist in Preußen selbst der Wunsch erwacht, die Herzogthümer völlig dem preußischen Staat einzuverleiben. Der preußische Junker, welcher um Neujahr 1864 die Idee einer Eroberung der Herzogthümer als demokratischen Schwindel abgewiesen hätte, ruft jetzt laut nach Annexion, der Liberale, welcher im December 1863 mit dem Herzog von Schleswig-Holstein zürnte, weil dieser ihm zu lange säumte, das Erbe seiner Väter zu betreten, betrachtet jetzt dieselben Erbansprüche als einen längst überwundenen Standpunkt. Auch außerhalb Preußen ist unter den Liberalen die Einigkeit geschwunden; zwischen denen, welche den Standpunkt der liberalen Partei vom Standpunkt 1863 noch heut festhalten wollen und zwischen denen, welche fordern, daß die preußische Regierung die gegenwärtige Lage rücksichtslos ausbeute, hat sich eine weite Kluft aufgethan, wir hören, daß begeisterte Stimmen aus Süddeutschland völlige Einverleibung der Herzogthümer in Preußen fordern und wir hören, daß eine süddeutsche Kammer ihre Regierung auffordert, durch alle Mittel auch nur einen näheren Anschluß der Herzogthümer an Preußen zu verhindern.

Während das deutsche Volk, welches jetzt wieder in die bescheidene Stellung eines zuschauenden und kritisirenden Publikums zurückgetreten ist, über die Zukunft der Herzogthümer polemisirt, ist es nicht uninteressant, nach den Stimmungen in den Regierungskreisen und an denjenigen Höfen Deutschlands umzuschauen, welche wie das deutsche Volk gegenwärtig nur Zuschauer sind. Darf man aus den Aeußerungen unserer regierenden Herren und ihrer Minister, wie sie etwa dem Einzelnen zugänglich werden, einen Schluß ziehen, so ergibt sich für die deutschen Höfe das auffallende Resultat, daß dort grade die Mehrzahl, welche nicht im preußischen Interesse ist, zwar zunächst jedem Machtzuwachs Preußens abgeneigt ist, wenn aber ein solcher unvermeidlich sein sollte, lieber die Annexion als den Anschluß ertragen will. Man fürchtet dort vor allem einen Präcedenzfall. Was sich ausführbar in den Herzogthümern zeigt, mag bei erster Gelegenheit jedem Nachbar Preußens zugemuthet werden. Das eigene Volk kann, sobald das preußische Wesen ein wenig populärer wird, einen solchen Anschluß fordern, der dem angestammten Souverain doch die Landeshoheit und innere Verwaltung läßt. Es ist unverträglich mit deutscher Fürstenwürde, zu solcher Dependenz herabgedrückt zu werden. Incorporiren die Preußen Schleswig-Holstein als herrenloses Gebiet, so wird ein Staat, den man nicht liebt, zwar vergrößert, aber auch mit neuen Verwickelungen bedroht, er bleibt zu den bestehenden Bundesregierungen in dem alten Verhältniß, das alte Verhältniß bleibt auch zwischen den Völkern, der Bayer und der Sachse werden einem gemüthvollen heimischen Regiment voraussichtlich nicht die Zumuthung stellen, daß man rund und ohne Vorbehalt preußisch werde, Bayern und Sachsen hat nicht zu fürchten, daß im Norden ein Beispiel und eine ewige Mahnung etabliert werde, wie man allmählig und ohne radicalen Umsturz einer preußischen

Oberhoheit untergeordnet werde. So lebhaft ist diese Empfindung, daß man wohl sagen darf, von unsern Regierenden wünschen die Wenigen, welche mit Preußen zu gehen geneigt sind, den Anschluß der Herzogthümer durch feste Verträge, die Mehrzahl dagegen, wenn eine Machterweiterung Preußens unvermeidlich sein sollte, immer noch lieber die Annexion. Daß Oestreich dieselben Gesichtspunkte hat, ist bereits durch seine Presse verkündet.

Uns Liberalen hat solche Auffassung wenig Gewicht für oder gegen die Einverleibung. Wenn zunächst Deutschland und Preußen und in zweiter Linie die Herzogthümer selbst durch die Incorporation an Gedeihen und an Kraft zunehmen, so soll uns nicht kümmern, daß dadurch ein Präcedenzfall und ein Muster für künftige Bundesverhältnisse verloren wird, die Gelegenheit zu preussischen Bündniß- und Anschlußverträgen wird auch in Zukunft nicht ausbleiben. In diesem Sinne darf jedes Mitglied der preussischen Partei für die Annexion sein.

Aber jeder Einzelne wird sich nach Charakter und zufälligen Beziehungen des eigenen Lebens die Frage, ob Einverleibung, ob Anschluß, in diesem Augenblicke anders beantworten. Er hält vielleicht die Incorporation der Herzogthümer auf dem von Herrn v. Bismarck betretenen Wege für unausführbar, so lange nicht in Preußen selbst zwischen der Regierung und dem Volk ein guter Friede hergestellt ist. Er hält sie vielleicht auch dann für ein Wagniß, welches die Kräfte der jetzt regierenden Persönlichkeiten übersteigt. Ein Anderer hält den Werth der Einverleibung für so groß, daß er das rücksichtslose Vorgehen und das kühnste Wagen für die Pflicht jedes preussischen Staatsmannes erachtet. Dem Einen gilt die Mitbestimmung der Herzogthümer für unwesentlich, die Ansprüche des Herzogs für ein Nichts, der Andere fühlt sich gebunden durch sein eigenes Thun in den vergangenen Jahren zu Gunsten des Herzogs, er hat ihm gehuldigt und ist zu gewissenhaft, um sich nach Jahresfrist von einem feierlichen Versprechen zu lösen, oder er fühlt lebhaft, daß wir zuerst vor allem der Person des Herzogs die Befreiung von Schleswig-Holstein von den Dänen verdanken und hält es deshalb für undankbar, ihn jetzt kurzweg als gemeinschädlich zu besseitigen. Der Eine steht unter dem Zwange früherer Worte und Thaten, der Andere tritt neu und ungefesselt durch persönliche Verpflichtungen in den Kampf ein. Sehr verschieden ist demnach in diesem Augenblicke die Stellung auch der preussischgesinnten Liberalen zu der Annexionsfrage, und obgleich die neue Situation auf jeden ihre Wirkung übt, ist doch nicht zu hoffen, daß in der liberalen Partei sich daraus in kurzem einmüthiges Handeln entwickeln wird. Und doch ist nothwendig, daß eine Grundlage gefunden werde, auf welcher sich die verschiedenen Schattirungen derselben patriotischen Partei zu gemeinsamem Entschluß erheben könnten.

Denn immer stärker droht die Spannung der Gegensätze zu werden, wo

verschiedene Ueberzeugungen heftig gegen einander arbeiten, bleibt die persönliche Gereiztheit nicht aus und solche Gemüthsstimmung ist nicht geeignet, die Kämpfenden einander zu nähern. Es wird also hohe Zeit, zu suchen, ob noch ein gemeinsamer Boden für Verständigung festzuhalten ist, sowohl innerhalb der nationalen Partei in Deutschland, zumeist aber zwischen Schleswig-Holsteinern und Preußen.

In dieser Zeit sind wir der Indiscretion Dank schuldig, welche detaillirte Mittheilung über die Forderungen Preußens in die Oeffentlichkeit getragen hat. Hier ist — wenn man von dem Wortlaut abstieht — ein genau formulirter officieller Ausdruck des Staatswillens gegeben, und er ist allerdings dazu geeignet, auch das Programm der preussischen Partei zu werden. Welche weiteren Pläne man auch Herrn v. Bismarck mit gutem Grunde zuschreibe, was er über diese Forderung hinaus will, sind noch Projecte eines elastischen Geistes, welche sich jeden Tag nach der innern Lage Preußens oder nach einem Wechsel in den Stimmungen seines Königs modificiren können.

Die Forderungen sind bekanntlich 1) das Heer ein Theil des preussischen mit gleicher Aushebungsweise, Organisation und preussischem Fahnenzeid, 2) Kriegshafen und Landeshoheit über das Terrain, welches für militärische Zwecke befestigt werden muß, 3) Bau des Kanals durch Preußen und preussisches Oberaufsichtsrecht, 4) Post und Telegraphie preussisch, 5) Eintritt der Herzogthümer in den Zollverein. Wohl hätte man preussischerseits die Armeeforderung weniger schroff ausdrücken können, aber, wie sie ist, liegt ihre Ausführung in allen Hauptpunkten ebenso sehr im Interesse der Herzogthümer selbst als Deutschlands. Die geographische Lage des Landes ist nicht so, daß ihm das Stillleben eines kleinen Bundescontingents gegönnt werden kann. Wenn die deutschen Großmächte unsere Bundeskriegsverfassung und die kleinen Armeen unserer Mittelstaaten ertragen, so geschieht das, weil solch kleiner Heerkörper doch nur die Friedensorganisation einer Landschaft ist, deren Grenzen gegen Osten und Westen von preussischen Heeren gedeckt werden. Im Fall eines großen Krieges würde die Bundeskriegsverfassung und das Kriegsherrnthum der meisten Mittel- und Kleinstaaten thatsächlich ein schnelles Ende erreichen, ihre Contingente würden zu Theilen des österreichischen oder preussischen Heeres. Wozu in den Herzogthümern die zahlreichen Uebelstände neu organisiren, an denen kleine Heerkörper bei dem besten Willen der Führer leiden? Immer noch drückt die preussische Heeresverfassung das edle Princip am reinsten aus, daß jeder Mann Soldat sein solle und daß die dienende Mannschaft nicht aus Berufssoldaten bestehn dürfe. Es wird den Schleswig-Holsteinern ihr Selbstgefühl nicht vermindert werden, wenn sie als Soldaten den straffen preussischen Dienst erlernen und es wird nicht wenig zu ihrer militärischen Tüchtigkeit beitragen, wenn wenigstens einzelne Waffengattungen in preussischen Garnisonen ihren Dienst thun, dem

Landes aber wird es die Sicherheit wahrlich nicht verringern, wenn Preußen das Recht erhält, grade die Truppen, welche ihm am meisten geeignet scheinen, an der gefährdeten Nordgrenze aufzustellen. — Unter den übrigen preußischen Forderungen ist die der Post- und Telegraphenverwaltung wahrscheinlich aus militärischen Rücksichten eingeführt, die unbestimmte Abfassung des betreffenden Paragraphen, aus welchem nicht deutlich wird, ob die Ertragsüberschüsse der Landesregierung zu Gute kommen, macht hier Modificationen möglich. Darüber würde sich nachträglich noch verhandeln lassen.

Man ist genöthigt diese Forderungen als das Programm der preußischen Regierung zu betrachten, man darf von Herzen damit einverstanden sein. Denn jetzt ist keine Zeit an Einzelheiten zu mäkeln. Vielmehr ist dringend zu wünschen, daß man an den beiden Stätten deutschen Bodens, wo die bestimmende Aufnahme dieser Forderungen am wichtigsten ist, sich offen dafür auspreche.

Zunächst ist dies von dem Herzog Friedrich und seinen Räten zu wünschen. Wir haben stets für ein Unrecht gehalten, daß man bei den Verhandlungen über die Zukunft der Herzogthümer die Person des Herzogs als unwesentlich beiseite gesetzt hat, wir sind uns wohl bewußt, daß nur die Existenz dieses Fürsten, dessen Erbrecht jeder Liberale vor anderthalb Jahren als nationales Glück im Munde führte, die Möglichkeit darbot, daß die Herzogthümer dänenfrei wurden. Wir haben nie sein gutes Recht verläugnet, aber wir haben ihm auch nie verborgen, daß sein gutes Recht einem bessern nachstehn muß, wie jedes Recht, auch das des höchsten Fürsten, dem Gemeinwohl nachstehen muß. Es ist die Zeit gekommen, wo ihm dies Opfer zugemuthet werden darf. Denn jetzt ist nach allem, was versäumt und vergeblich versucht wurde, vielleicht letzte Gelegenheit für ihn, aus seiner abwartenden Stellung herauszutreten. Noch vermag er jetzt durch Annahme der preußischen Vorschläge sich eine Beachtung zu erzwingen, welche ihm eine Zukunft in den Herzogthümern sichert. Weder die Unterstützung Oestreichs noch die abmahnenden Rufe anderer deutscher Höfe werden ihn sicher davor bewahren, daß die Menge, welche nach den Erfolgen ihre Rechnung anstellt, allmählig auch in den Herzogthümern ihm fremd wird. Der Weg, die Annexionsversuche des Herrn v. Bismarck durch Betonung des Particularismus in den Herzogthümern zu bekämpfen, führt zu keinem Ziele. Die Verhandlungen der schleswig-holsteinischen Vereine mit Männern des Sechsendreißigeraus-schusses sind in diesem Augenblick, wie wir fürchten, durchaus fruchtlos. Das Spiel, welches über den Herzogthümern beginnt, ist sehr gewagt für Preußen, es ist aber noch gefährlicher für die Erbansprüche eines Fürsten. In Preußen mögen die Personen wechseln, aber auch ein neues Ministerium wird die Sachlage vom preußischen Standpunkt nach der grade vorhandenen Situation beurtheilen.

Auch das hohe Haus der preußischen Abgeordneten findet in den Forderungen seiner Regierung eine Basis, auf welcher die Parteien für diese Angelegenheit sich im Compromiß vereinigen können. Die formulirten Forderungen vertreten deutsches Interesse, preußisches Interesse. Sie gestatten die möglichst schnellste Lösung, welche weniger Verwickelungen und Gefahren darbietet als die völlige Einverleibung durch ein reactionäres Ministerium, die diesem nur durch ein System des Cäsarismus möglich ist, und deshalb eine liberale Opposition mehr als einmal in die gefährliche Lage bringen kann, entweder große reale Staatsinteressen zu bekämpfen oder Maßregeln der Willkür und verächtliche Behandlung eines Volkswillens schweigend zu ertragen.